

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die Volksstimme erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Verantwortlich für die Redaktion: Max Eggemann, für den Anzeigenenteil: Rudolf Rothmann, beide in Halle. — Redaktions-Zentrale: Halle, Marktstraße 11. Fernsprecher Nr. 3407. Erscheinungsort: Merseburg, Sonntag den 11. Juni 1919. Preis: 12 Pf. — Druck und Verlag: der Volksstimme, D. M. B. in Halle, Gr. Ulrichstraße 27. — Preis: 12 Pf. — Fernsprecher Nr. 6802. — Zeitungspostamt Nr. 411. 3. Jahrgang.

Der Luftakt zum Parteitag.

Merseburg, 9. Juni. Der Parteitag in Halle hat am zweiten Pfingstfeiertag vormittags 10 Uhr in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand im Fraktionszimmer der Sozialdemokratie in der Nationalversammlung zu Weimar unter dem Vorsitz des Genossen Hermann Müller zusammen. Dieser gab einen Überblick über die Geldsäckel der Parteitag. Die Verhandlungen aus dem Parteitag hatten keine Bedeutung und einige Wochen gefodert. Diesen Anträgen habe der Parteivorstand keine Folge gegeben, um die Entscheidung einer Anzahl wichtiger Fragen nicht länger hinauszuziehen und nicht der Verleumdung preisgegeben zu werden, daß der Parteitag keine Parteitag wäre. Leider müsse damit gerechnet werden, daß die 3. Sitzung des Parteitages sehr begrenzt sei. Wenn die Nationalversammlung am Sonntagabend zusammenzutreten sollte, müßte der Parteitag verfallen, mit den wichtigsten Fragen bis Freitagabend fertig zu werden. Deshalb werde es sich empfehlen, nicht nur den Bericht des Parteivorstandes und der Kontrollkommission, sondern auch den der Nationalversammlung und vielleicht auch die Vorberichte der Kommission für das Heftwesen gemeinsam zu diskutieren. Weiter sei unbedingt Klarheit über die Frage der Kassenführung und der Kassenführung zu schaffen. Die Referenten Einzelmerkmale und Kassenführung müßten dazu ausgearbeitet. Eine große Anzahl von Fragen würden auch durch die einflussreichen Anträge aufgeworfen, deren Zahl Region sei. Auch hier müßte über die Hauptgebiete des Parteinteresses eine klare Entscheidung gefällt werden. Die Anträge beziehen sich hauptsächlich auf folgende Punkte: 1. Die Einleitung der Verwaltung der Einzelstaaten, auf die Frage der Doppelmandate, auf die Einleitung der verschiedenen Richtungen der sozialistischen Bewegung und auf die Freiwilligenkorps. Auch das Verhältnis der Einzelstaaten zu der von uns grundsätzlich geforderten Einheitsrepublik, das Beamtenrecht und die Fragen der Jugendbewegung würden in den Anträgen mehrfach angefaßt. Nicht empfehlenswert sei es, entgegen dem Antrag von Berlin, der Parteitag auch noch mit einem Referat über die auswärtige Politik zu bekräften, zumal die in Scheidemanns Referat über die Aufgaben der Partei in der Republik erörtert werden müßte, wenn für diesen Vortrag überhaupt Zeit bliebe. Auch die Fragen der Beziehungen der Friedensbedingungen und Kriegsverhältnisse des Parteitages diesmal nicht nur durch ein Referat von Berlin zu behandeln lassen. Es müßten beim Fraktionsbericht erledigt werden, zumal da hierüber gar keine Meinungsverschiedenheiten zu befürchten.

An diese Delegierten mußte sich eine lange Ausrufung von mehreren Rednern wurde als notwendig erkannt, daß der Parteitag dem Vorstände den Antrag gebe, schließlich eine Kommissionsmission einzuberufen und ein neues Organprogramm auszuarbeiten. Auch die allgemeine Organisationsreform müsse in Angriff genommen werden, sobald einmütigen äußeren Zeiten Raum für prinzipielle Entscheidungen gäbe. Weiter wurden aus verschiedenen Teilen des Reiches lebhaft Klagen darüber vorgebracht, daß die alten Landräte und Regierungspräsidenten noch im Amte seien und ihre reaktionäre Meinung nicht nur unverändert bestehen, wie sie zuvor. Der Parteitag müßte hierzu ganz einheitlich und klar Stellung nehmen. Auch die anderen von Hermann Müller angeführten Bemerkungen der Anträge kamen in der Aussprache zur Geltung. Bestimmte Beschlüsse wurden nicht gefaßt, obwohl eine nahezu vollständige Übereinstimmung der Anhängenden anzutage trat.

Zum Schluss entwickelte Heinrich Schulz ein umfangreiches Programm für sozialistische Bildungsausschüsse und Jugendbewegung und betonte dabei besonders die Rolle, welche die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Arbeiter zu spielen berufen sei. Auch dieses Programm wurde dem Parteitag vorgelegt werden. Weiter nachmittags um 4 Uhr ist nun der Parteitag im Nationaltheater zusammengetreten. Heinrich Schulz und Böbe wurden zu Verhandlungsleitern ernannt. Der „Vorwärts“ schreibt: Der politische bemerkenswerte Vorgang der heutigen ersten und letzten Sitzung des Parteitages ist der Beschluß, das Thema auswärtige Politik als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen und Eduard Bernstein mit dem Referat zu betrauen. Sachlich ließe sich der Beschluß kaum rechtfertigen, weil die auswärtige Politik beim Fraktionsbericht und beim Referat Scheidemann selbstverständlich mit zur Diskussion stünde. Bestimmte Beschlüsse nach Scheidemanns Referat über die Aufgaben der Partei am Donnerstag in einflussreicher Besetzung über die auswärtige Politik fassen. Die Debatte über beide Punkte werde zusammengefasst.

Berlin, 11. Juni. Wie die „Deutsche Allgem. Ztg.“ erzählt, haben sich die drei Reichsminister Roste, Schmidt und Wissell nach Weimar begeben, um an dem sozialdemokratischen Parteitag teilzunehmen.

händen. Die Schwindsucht und der Verfall der Parteizentralen in und neben Berlin der unabhängigen Quasifabrik.

Heraus aus dem Turm!

In der „Neuen Zeit“ legt sich Genosse Heinrich Cunow mit den Problemen des Weimarer Parteitages auseinander und kommt dabei zu dem Ergebnis, daß die Hauptursache der vorhandenen Schwierigkeiten in der mangelnden geistigen Vorbereitung auf die nun eingetretenen Verhältnisse zu suchen sei. Die Parteiliteratur habe seit ausschließlich der Agitation getrieben, soweit sie wissenschaftlich der Theorie seien. Cunow sagt u. a.: „So hat sich die Partei, als der Weltkrieg begann, eine stoffliche Anzahl guter Arbeiter und Kader, aber wenig geistig gebildete, bei Tageserfahrungen im Rahmen der Gesamtentwicklung betrachtende Köpfe. Jedenfalls war sie auf die sich nun vollziehenden Ereignisse mit ihren Gedankengängen nicht eingestellt und vermochte sich nur schwer aus den über-

lieferten Traditionen und Dogmen herauszulösen. Die Folge war eine ganz veraltete Beurteilung der Entwidlungstendenzen, das Demotieren von allerlei Strömungen und Unterfrömmen und schließlich die Parteipaltung, und zwar nicht die Spaltung in zwei bestimmte Parteigruppen mit einem in sich abgegrenzten einheitlichen Gedankenkomplex, sondern in veraltete, sich in ihrer Stellung gegenüber veränderlichen Parteigruppen, von denen keines seinen eigenen theoretischen Standpunkt gefunden hatte.“

Cunow kommt zu dem Ergebnis, die Partei müßte ihren Charakter als bloße Agitationspartei aufgeben; sie solle sich nicht fragen: „Wie wirkt diese oder jene Stellungnahme in agitatorischer Beziehung?“ sondern: „Wie paßt unser Verhalten in den politischen und wirtschaftlichen Entwicklungsgang hinein, und in wie weit fördern wir dadurch den weiteren Aufstieg der Arbeiterklasse, den Fortschritt der sozialistischen Weltanschauung?“ Das agitatorische Augenblicksinteresse müsse dem sozialistischen Zukunftsinteresse untergeordnet werden. In diesem Sinne müßte die Partei über ihr früheres und jetziges Entwicklungsstadium hinweg und „aus dem Turm heraus“.

Zwischen Krieg und Frieden.

Berlin, 10. Juni. (WZB.) Die für gestern in Aussicht gestellte Forderung der Arbeiten des Biererrates ist nicht eingetreten. Bezeichnet für die Lage ist ein scharfer Zeitartikel des „M. A. M.“ gegen Clemenceau's Politik. Nicht weniger scharfe Neußerungen finden sich im „Echo de Paris“, das England und Amerika dafür verantwortlich macht, daß jetzt im letzten Augenblick die Gewinne des Friedensvertrages für die Alliierten gesichert werden sollen. Das Blatt wendet sich namentlich dagegen, daß Deutschland in den Völkerrund aufgenommen werden soll, und daß die Abklärung nicht einseitig von ihm, sondern von allen Kriegsteilnehmern des Völkerbundes verlangt werden soll. Auch „D. A. Z.“ stellt fest, daß die Verhandlungen über die Antwort auf die deutschen Gegenangebote in ein Stadium getreten sind, das kritisch ist. Wenn man alle vorhandenen Gegenangebote prüfen wollte, käme man die Arbeit nicht einmal in drei Wochen vollenden. Ebenso kennzeichnend: „New York Herald“ in seiner Pariser Ausgabe die Lage dahin, daß der Biererrat in eine Sackgasse geraten sei. Fast man die Neußerungen der heutigen Morgenpresse zusammen, so findet man, daß Meinungsverschiedenheiten bestehen: 1. über den Völkerrund, und zwar hervorgerufen durch das energische Vorgehen Lord Robert Cecil's; 2. über die Differenzen und 3. über die Frage der Wiederherstellung, im Zusammenhang damit auch über die Zuständigkeit des Wiederherstellungsausschusses. Es wäre möglich, irgendwelche Voraussetzungen zu geben. Es wird sich heute zeigen müssen, ob der eingelegte Ausfluß die Berichte vollendet hat und ob der Biererrat, wie angenommen wird, noch im Laufe dieser Woche die in seinem Schoße vorhandenen Meinungsverschiedenheiten ausgleichen vermag.

Neben-Bündnis unnütz, da es nur das Mißtrauen in die Wirksamkeit des Völkerbundes beweisen würde. Wenn diese drei Länder ein besonderes Bündnis schließen, warum sollen denn Deutschland, Rußland und Japan nicht auch ein Gleiches tun?

Wie der „W. A. Z.“ aus Rom berichtet wird, ist in Italien eine scharfe Stimmung für den Eintritt Deutschlands in den Völkerrund vorhanden. Die Völkerrund Staaten von den westlichen Verbündeten findet in der italienischen Presse immer eingehenderen Ausdruck.

Die Geheimhaltung der Friedensbedingungen in Amerika.

Washington, 9. Juni. Reuter. Wilson telegraphierte an den Senat, daß es höchst unerwünscht sei, den Text des Friedensvertrages, über den noch unterhandelt werde und der noch Änderungen unterworfen sei, zu veröffentlichen. Er forderte den Senat dringend auf, eine gründliche Untersuchung darüber anzustellen, wie Exemplare des Vertrages in die Hände von Privatpersonen gelangt sind.

Washington, 9. Juni. Reuter. Während der Senat noch auf eine Entscheidung seiner Forderung nach einem vollständigen Text des Friedensvertrages wartet, veröffentlichten viele Zeitungen Textauszüge eines vollständigen Exemplars, welches der Korrespondent der Chicago Tribune in Paris erhalten haben will und welches den vollständigen englischen und französischen Text enthält.

New York, 9. Juni. Senator Borah legte heute dem Senat das erwähnte Exemplar des Friedensvertrages, das von einem Zeitungskorrespondenten nach Amerika gebracht worden ist, vor. Der Senat ordnete mit 47 gegen 24 Stimmen an, daß der Friedensvertrag als öffentliches Dokument gedruckt wird.

Konflikt zwischen England und den Nuren.

Amsterdam, 10. Juni. (WZB.) Nach einer Reuter-Meldung aus London wurde die südafrikanische Delegation mit Herby und Keib in Paris am 5. Juni von Lord George empfangen. Sie erklärte, ihr Hauptziel sei die Wiederherstellung des nationalen Status, den die südafrikanischen Republiken vor dem Burenkrieg bestritten. Lord George erklärte in seiner Antwort, daß die südafrikanische Union sich auf einem gleichberechtigten Abkommen zwischen den britischen und holländischen Elementen aufbauen und deshalb von einer Seite ohne die Zustimmung der anderen nicht aufgelöst werden könne. Großbritannien könne keine Reaktion in die Richtung dieses Union beabsichtigt, zu kommen.

Wahlkreis in Rußland.

Sankt Petersburg, 10. Juni. Die Petersburger Zeitung „Petrowski-Gravata“ meldet: In Petersburg ist die Cholera ausgebrochen. — Der ukrainische Bundesführer Grigorjew ist bei Wladimirgrad erschossen worden. — In Afferman hat ein französisches Regiment gemutet. — In Petersburg wurden sämtliche Häuser munitariert. — Die Entensachen in der Ukraine sind gut, in Rumänien herrscht große Hungersnot.

Der Tag der Überreichung der Ententeantwort.

Berlin, 10. Juni. Die heutigen Pariser Morgenblätter berichten, daß die Antwort der Entente auf die deutschen Gegenangebote erst am Freitag überreicht werden wird. Im großen und ganzen geht das Kaiserblatt munter weiter. Ras um 7 Uhr als lauterst Klarheit verflücht wird, wird um 9 Uhr schon wieder überderrn. Kalte und warme Wechselströmen wechseln mit Gleichmäßigkeit ab und auf das Wechselmaß, was bei den Ententeberatungen herauskommt, kann man gespannt sein!

Vollständigung in Oberitalien und Österreich.

Paris, 9. Juni. Reuter. Der Rat der Minister des Reiches hat heute die politischen Klagen des Vertrages für Österreich in Bezug auf Italien, welche noch nicht den österreichischen Delegierten übergeben worden sind, und verweist sie zurück auf die zuständige Abteilung des Redaktionsauschusses.

Amsterdam, 10. Juni. Dem „Allgemeinen Handelsblatt“ zufolge hat der Pariser Korrespondent des „Daily Telegraph“ an maßgebender Stelle erfahren, daß der Biererrat, der neuerdings über die politische Frage verhandelte, beschlossen hat, in den nächsten Wochen Ober-Schlesien und Ostpreußen eine Vollständigung abzuhalten.

Für den nächsten Völkerrund.

Washington, 10. Juni. Senats. Der Präsident hat eine amerikanische Kongressdelegation gegen den Vorschlag, daß England und die westlichen Staaten Frankreich im Falle eines deutschen Angriffs Hilfe leisten sollen. Er erklärt, wenn der Völkerrund den Völkerrund nicht einleitet, so wird er sich nicht an dem Völkerrund beteiligen.

Strafen im Gebälk?

Am Donnerstag vergangener Woche druckte das Volksblatt ohne Quellenangabe einen Artikel der Freiheit nach, der von dem Verfall unserer Partei redet und mit der Weberschrift „Strafen im Gebälk“ versehen war. Unsere Partei ist davon, ist jetzt bei den Unabhängigen eine beliebte Weisheit und in der neuesten Nummer (Nr. 18) der von Ernst Däumig herausgegebenen Wochenchrift Der Arbeiterzeit ist in einem gegen Bernstein gerichteten Artikel ebenfalls im gleichen Sinne zu lesen, daß dieser, wieder in den allein seligmachenden Schoß der an galoppierenden Schwindsucht leidenden Partei der S. D. P. zurückgeführt sei. Die Parteivorstand der S. D. P. sind bis heute die Berichte der Organisationskommissionen entgegen. Am Schluß des Gebälkjahres, dem 31. März 1919, berichteten diese über 1012 250 Mitglieder. Bei den letzten Wahlen am 1. April 1919 waren 1012 250 Mitglieder.

Eine notwendige, kräftige Arbeit.

Es geht doch nichts über die Agrarierrechtlichkeit. Sie ist unverwundlich in allen Lebenslagen. Der Brandenburgerische Landbund hat am 4. Juni durch eine Abstimmung den Reichsernährungsminister eine lange agrarische Resolution überreichen lassen. In der bekannten agrarischen Beweisleistung wird die Zwangsverpflichtung für alle Mängel im Ernährungswesen verantwortlich gemacht. Unter Berufung auf die Revolution (!!!) fordert der Landbund ihre Beilegung. Auch von einem langjamren Aufbau der Zwangsverpflichtung will der Landbund nichts wissen, das führe ja nichts, wie man bei den Eiern gesehen habe. Das freigegebene Produkt.

Reize sofort maßlos im Preise.

Damit ist den Landwirten aber nicht geholfen, sie wollen nämlich, daß alle Produkte, nicht nur einzelne, maßlos im Preise steigen. Deshalb fordern sie: Die restlose Aufhebung der Zwangsverpflichtung für alle Produkte aus der neuen Ernte, der Weizen, Getreide und Vieh aber, mit Wirkung vom 1. August 1919 ab.

2. Bis zur restlosen Aufhebung der Zwangsverpflichtung folgender Preisbestimmung mit sofortiger Wirkung:

- a) für den gesamten Schlachtkörper (Schweine) Scherer und Schmelz eine Erhöhung der Schlachtkörper Weile um 100 Prozent.
 - b) für die Milch eine Erhöhung auf 0,50 Mk. für den Liter ab 1. Sept.
 - c) für die Butter eine Erhöhung auf 8 Mk. pro 100.
- Die Resolution schließt mit der Drohung, daß, wenn diese Forderungen keine ausreichende Berücksichtigung finden, die Führer der Landwirtschaft nicht mehr in der Lage wären, die Massen von planloser Selbsthilfe abzuhalten (!) und jede Verantwortung ablehnen würden. Auf diese

Unverschämtheit

dat der Minister nach dem Bericht der Deutschen Tageszeitung folgende Antwort erteilt:

„Diese Forderungen lehne ich in ihrer Gesamtheit rundweg ab. Ich ersehe, daß der Antrag lediglich aus dem Beweggrund besteht, die Landwirtschaft zu bereichern. Der Antrag ist eine Drohung und enthält jegliche Elemente der Forderung, die Landwirtschaften jegliche Kenntnis der Volkswirtschaft und Marktverhältnisse in den vorgetragenen Dingen ab. Die Landwirtschaft lehnt nicht über ihre Höhe hinaus. Sobald der Friede da ist, werden wir die Maßnahmen zur Durchführung der Zwangsverpflichtung beenden werden, denn es genügt uns nicht, wenn von mindestens 21 Millionen Tonnen zu ersaffender Kartoffeln noch nicht 10 Millionen erntet werden könnten. Wenn wir dann nicht durchbringen, werden wir erstmals sämtliche Randente rauszuschmeißen, die allein dafür verantwortlich zu machen sind. Die Fleischverwertung wird gebetter werden, denn wir haben Anseh, jetzt 7000 Rinder in der Schweiz zu kaufen. Die Mittel hierzu werden voraussichtlich den Ueberflüssen der Welt abzuwehren zu dienen eintommen werden. Im weiteren Verlauf erklärte der Minister, daß ein anglimmer Abbau der Zwangsverpflichtung geplant sei. Daher wird geduldet, Obst und Gemüse werden frei, Süßholzwurde teilweise frei. Für die anderen Produkte aber wird die Zwangsverpflichtung in verschärfte Maße durchgeführt.“

Am Ende der Unterredung sagte der Minister seinen Eindruck noch einmal dahin zusammen, daß er sagte: „Ich ersehe aus der Resolution nichts weiter, als daß die Landwirtschaft sich

ihre Taten wieder einmal fallen will auf Kosten des arbeitenden Volkes.

Die Landwirtschaft verdient ohnehin schon übermäßig.“ Auf eine Schlussanfrage der Abstimmung, ob der Minister gewillt sei, die neuen landwirtschaftlichen Organisations bei der Verarbeitung der Maßnahmen für die Lebensmittel heranzuziehen, erklärte dieser, daß die Landwirtschaft im Reichsernährungsamt im Gegensatz zu den Kommunisten schon mehr als 8 Jahre vertreten sei.“

Soweit der Bericht der Deutschen Tageszeitung. Wir halten ihn nicht für völlig zureichend. Wir nehmen nicht an, daß der Minister die Landwirten im allgemeinen die Urteilskraft abgesprochen hat, sondern nur den in der Landwirtschaft organisierten Kaufmann. — Die Deutsche Tageszeitung ist über die Abfertigung ihrer Trabanten aus dem Häuschen, das arbeitende Volk wird dem Minister für seine Worte dankbar sein.

Vor dem Generalfreitag in Frankreich.

Verailles, 10. Juni. Die Streiklage ist unerschütterlich. Heute hat in der Kammer eine Debatte über Rußland stattgefunden, wobei Cochin der Einführung aller Sozialisten über die Intervention in Rußland Ausdruck gab und seine Bewunderung für Kollatsch Satzung und der seiner Leute im Schwarzem Meer und in Odessa ausdrückte.

Verailles, 10. Juni. Wie „Liberte“ melde, haben sich die Kohlenporträde in Paris infolge des Streiks in Nordfrankreich so vermindert, daß mit harter Einschränkung des Elektrizitäts- und Gasverbrauchs in Paris zu rechnen ist.

Verailles, 10. Juni. Die Regierung hat von der Vertagung der Pariser Untergrundbahn Abstand genommen.

Die politischen Forderungen der Streikenden.

Gen. 10. Juni. (WZ.) Nach dem „Ber. Tagebl.“ Neq die Konföderation Generale du Travail in ganz Frankreich eine Proklamation ausgeben, in der die politischen Forderungen der Arbeiterklasse, sofortige Beendigung der Arme, Ausschließung aller politischen Beamten aus öffentlichen Ämtern, Verhaftung aller politischen Truppen aus Rußland, Ägypten usw., ausgeführt werden. Einmalige Generalstreik, auch die Eisenbahner und Gewerkschaftler, erklären, auf Verlangen der Konföderation Generale du Travail sind die Arbeit einzustellen. Nach übereinstimmender Meinung dürfte der Generalfreitag am 21. Juni erklärt werden.

den. Die Arbeiterbewegung hat sich in der letzten Zeit in der gesamten Welt ausgedehnt. Die Arbeiterbewegung hat sich in der gesamten Welt ausgedehnt. Die Arbeiterbewegung hat sich in der gesamten Welt ausgedehnt.

Der Streik in Italien.

Gen. 10. Juni. Dem „Secolo“ zufolge dauert der Streik in Neapel an und hat sich auch auf weitere Arbeitsweige ausgedehnt. In Rom soll die Streikbewegung im Abflauen begriffen sein. — Der in Genoa von Gewerkschaften mit Gewalt an der Ausfahrt hindere Dampfer „Fedeza“, der Station nach Neapel zur Befreiung des Postdienstes befreit wurde, ist auf Anordnung des Transportministers nach Genua zur Befreiung der Ladung dirigiert ausdrücklich versprochen worden, daß das Schiff nicht mehr zum Transport von Truppen und Kriegsmaterial nach Neapel verwendet werden soll. — Der für den 11. Juni anberaumte Generalfreitag der italienischen Arbeiterklasse in letzter Stunde verhiert werden, da der Unterrichts- und der Schachminister die Forderungen, die eine Nepragung von über 40 Millionen Lire ausmachen, bewilligten.

Beendigung des Streiks in Duisburg.

Duisburg. Nach den Beschlüssen der geistigen Konferenz der Arbeitervertreter und Vertreter des Generalkommandos im Beisein des Reichsfinanzministers Gering, die mit einer weitgehenden Milde rung des Belagerungszustandes endete, ist heute auf fast allen Werken die Arbeit wieder aufgenommen worden, so daß der Streik als beigelegt angesehen werden kann.

Auch der Hürberger Metallarbeiterstreik ist beigelegt. Es wurde eine Einigung erzielt.

Generalfreitag im Bankgewerbe in Sicht?

Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankbeamten hielt an den beiden Pfingstfeiertagen in Berlin seinen dritten ordentlichen Verbandstag ab. Die Vermit tagung am zweiten Pfingstfeiertag wurde aufgeführt durch eine sehr eingehende Ansprache über den Stand der Tarifverhandlungen und die Einführung der Einheitsorganisation. Dazu referierte Cronius. Seine Ausführungen war zu entnehmen, daß die Verhandlung und auch die Einheitsorganisation nicht mehr an einen friedlichen Ausgleich in der Tariffrage hofft. Die Obleute der Berliner Großbanken haben der Verbandstages berichtet, daß es in der Bankbeamtenchaft stark gäre, und auch die Berichte der Vertrauensleute aus der Provinz ließen erkennen, daß man dort nur darauf warte, daß Berlin die Parole zum Generalfreitag aussehe. Der Verband werde kein Mittel unversucht lassen, um einen Ausgleich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern zu schaffen. In der umfangreichen Aussprache ergab sich, daß sowohl die Obleute der Angestellten der Berliner Großbanken, als auch die Delegierten aus allen Teilen des Reiches mit Entschiedenheit dafür eintraten, daß der Reichsstatik unter allen Umständen durchgebrochen werden müsse, wenn nicht anders, dann durch den Generalfreitag. Im Schlußwort hat Cronius hervor, daß die jetzt vorliegenden Verhältnisse über das Mittelstadium hinaus in der Betriebsweise nicht ernst zu nehmen seien. In der Einheitsorganisation wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der die Einigung begrüßt wird.

Kohlenhöhdungen im Ruhrgebiet und weitere Kohlenpreiserhöhungen.

In den Verhandlungen zwischen den Bergarbeiterverbänden und dem Bergewerband kam es zu folgender Vereinbarung: Die Vertreter der Bergarbeiterverbände verpflichten sich, entsprechend der am 8. Mai getroffenen Vereinbarung mit allen Kohlenpreiserhöhungen einzuhalten, daß die Kohlenpreiserhöhung in der schon damals für erforderlich gehalten Höhe in vollem Umfang genehmigt wird. Unter dieser Voraussetzung erklären sich die Vertreter des Bergewerbandes bereit, den Verbandmitgliedern zu empfehlen, vom Tage des Eintritts der Kohlenpreiserhöhung (ab 15. Juni) eine Zulage von durchschnittlich 2 Mark je Mann und Schicht zu gewähren.

Die erledigte rheinische Republik.

Die V. R. n. melde: Aus der Aftenschießung bei der unzureichenden Regierung der rheinischen Republik ergab sich, daß die Drahtzieher dieser Regierung, die seine war, nicht nur ihr Vaterland sondern verrateten, sondern auch ihre französischen Gönner gütlich zergerichtet haben. Die Herren haben dem General Mangin und dem Oberstleutnant Vinczeau eine Anzahl schon im Dezember gesammelter Unterschriften für die Errichtung einer westdeutschen Republik vorgelegt und ihnen „vorgednet“, daß 75 Prozent der Bevölkerung (!) sich an dem Putsch beteiligen würden. Die französischen Offiziere müssen nach dieser Versicherung etwas überirrt gewesen sein, es herr v. Dornen und seine Leute zieleu und niemand kam.

Die Ein- und Auswanderung wird nicht gehindert.

Berlin, 10. Juni. (WZ.) Amstich wird gemeldet: Das „Ber. Tagebl.“ hat am 9. Juni melde, daß die westdeutschen Behörden in weiteren Ein- und Auswanderung keine Beschränkungen beschließen wollen, die Auswanderung ausgenommen und anderes gemeldet ist. Diese Mitteilungen haben mit den Tatsachen im Widerspruch. Der Reichstag des Reichsministers geht darin, daß es grundsätzlich bei der bisherigen Ein- und Auswanderung bleibt. Auch wie vor kann in einzelnen Fällen der diplomatische Ausweis über die Ausreise entschieden. Die Westdeutschen über angelegte Meinungsänderungen des Reichswirtschaftsministers hat noch.

Die Sozialisten an der Erziehung des Reiches.

Bekanntlich hat Scheidemann an den bayerischen Ministerpräsidenten Hoffmann ein Telegramm geschickt, in dem er ihn gegen die Vollziehung des Urteils an Reusius wendet. Wie laut bekannt wird,

der Hoffmann, der gerade in der Schweiz weilt, das Telegramm nicht erhalten. Die Freiheit gibt an, daß der Hauptgeschäftsführer der bayerische Justizminister, Reichsminister Reusius, nach ihren Angaben erst danach der Demokratie: Müller-Reininger die Hauptverantwortung an dem Justizministerium. Der Reichsminister in erster Linie menschlich. Aber als Politiker muß man von den Dingen auch politisch reden. Die Erziehung Reusius erweist sich in dieser Beziehung als ein wirksames Propagandamittel der Sozialisten und als eine Waffe im Kampf gegen die Reichsministerdemokratie, die, sei es auch mit Unrecht, für das Münchener Geschick als Ganzes verantwortlich gemacht wird. Der bayerische Ministerpräsident Reusius war nicht nur menschlich tief beklagenswert, er war auch politisch keine Ausnahme.

Das Sozialistische Kränzel und Neurath.

In München und u. a. auch die Genossen Krauß und Gernung und Neurath in Haft genommen worden, die dort bekanntlich für die Sozialisierung des Wirtschaftslebens tätig waren. Sie sollen, wie verlautet, demnächst gleichfalls vor dem Staatsgericht abgeurteilt werden.

Selbst in den bürgerlichen Münchener Kreisen sieht man in dieser Verhaftung einen großen Mißgriff. Die beiden Genossen sind bekanntlich jetzzeitig von der Regierung Hoffmann nach München bezaufen und mit der Umstellung der bayerischen Wirtschaft im Sinne des Neurath'schen Programms beauftragt worden. Unter der Mitherrschaft haben sie ihre Tätigkeit fortgesetzt, da sie sich als nichtpolitische Beamte betrauteten. Neurath hat wiederholt erklärt, daß er sich nicht als Wirtschaftsführer aufstelle, der unter jedem System arbeiten könne, wenn man ihm Aktionsfreiheit läßt. Mit den politischen Methoden der Mitherrschaft hat sich Neurath nie identifiziert, im Gegenteil sieht stets auf das schärfste abgelehnt. Das Kränzel anbetrifft, so hat er überhaupt nur die ihm im Rahmen seines Amtes erteilten Aufträge durchgeführt.

Eine Chemnitzer Verammlung der Reichsvereinsleute der Sozialdemokratischen Partei hat von der Verhaftung der beiden Genossen Stellung genommen, die aus ihrer Chemnitzer Tätigkeit der dortigen Arbeiterchaft persönlich bekannt. Eine einstimmig angenommene Entschließung lautet u. a.:

„Die Chemnitzer Arbeiter haben den hohen Idealismus der beiden inhaftierten Genossen und ihr hohes Bestreben für eine sozialistische Zusammenarbeit aller der Gemeinheitsliebenden Giebler und gegen Diktatur und Terror kennen gelernt. Aus der mehrjährigen hiesigen Tätigkeit des Genossen Kränzel ist ihr tiefes allezeit mutiges Eintreten für die Demokratie und gegen jede Sozialmethode bekannt. In dem er sich für die Sorgen vermag, daher die Verammlung nur einen bewundernswürdigen Mißgriff zu erkennen, und sie erklären ihnen in ihrem Kampfe hiergegen ihre volle Sympathie.“ Wir möchten wünschen, daß diese Resolution ihren Zweck nicht verfehlt.

Das „schwarze“ Wahlrecht.

In der Donnerstagsnummer des Volksblattes ist ein Artikel des Vorsitzenden der unabhängigen Partei, Arthur Cristien, der Anhänger der antimemorialischen Kandidatur ist, und in dem folgender Vorschlag eines Wählergesetzes empfohlen wird:

- Wahlberechtigt ist:
 1. Jeder produktive Arbeiter, jede produktive Arbeiterin.
 2. Jeder Bauern oder sonstigebend nicht produktiv tätig ist, wenn er Arbeiterverdienst erhält.
 3. Jeder, wenn er in der Aufrechterhaltung des Hausstandes für die unter 1. und 2. genannten Wahlberechtigten.
 4. Handwerker, Bauern und ähnliche Personen, die nicht mehr direkt aus Arbeiterklasse aber auch noch nicht zur Kapitalistenklasse gehören.
 5. Wer nicht zu den unter 1., 2., 3. 4. genannten Wahlberechtigten gehört, wenn er Mitglied einer sozialrevolutionären Partei ist.

Neben denjenigen, die nach vorstehenden Bestimmungen grundsätzlich nicht wahlberechtigt sind, verlieren sein Wahlrecht, wer im sozialistischen Sinne erlosch gehandelt hat und wenn demselben ein solches Wahlrecht die sozialistischen Ehrenrechte angehöhen sind.“

Ueber die kindliche Unreife dieses Vorschlags sind nicht viel Worte zu verlieren. Er stellt sich als ein plumper Versuch dar, unter Beiseiteziehung aller Begriffe von Recht und Gerechtigkeit der jeweils radikalen, d. h. lautesten Gruppe der Arbeiterbewegung die Mehrheit zu verschaffen. Die Begriffe „Produktiv“, „Arbeiterklasse“, „Kapitalistenklasse“, „sozialrevolutionäre Partei“, „sozialistische Ehrenrechte“ sind gelegentlich reinster Kaufspruch, mit dem sich alles oder nichts anfangen läßt. Ein Sieber zum Beispiel, der sich bei der U. S. P. D. einfand, wird wahlberechtigt, ungeachtet kann ein sozialistisches „Wegengericht“ allen Sozialdemokraten Bürgerrecht und Ehre absprechen. Der Staat, der ein solches „Wahlrecht“ annähme, wäre kein Staat mehr, sondern ein Arbeiterstaat.

Neue kommunistische Kräfte für die Unabhängigen.

Von der kommunistischen Partei wird ein Flugblatt verbreitet, das in scharfer Weise Stellung nimmt gegen die Unabhängigen. Es heißt in dem Blatte:

„In den Tagen vom 9. November hatte sich die deutsche Revolution zu entscheiden, ob sie den Weg vorwärts gehen wolle zum Sozialismus oder zurück zum Imperialismus. Demals hatte das revolutionäre Deutschland zu entscheiden, ob es sich verpflichten wolle mit dem revolutionären Aufbau oder mit der imperialistischen Entente. In jenen Tagen fielen die Würfel und wurde der Weg gewählt, der zum Schmachtriefen von Versailles führte. Und Arbeiter und Parteigenossen, ihr dürft nicht vergessen, die die Euch damals diesen Weg führten, waren nicht die Obersten, sondern die Unabhängigen, die Gothe, Dittmann, Barth, die in dem Kabinett saßen, und allen voran Karl Kaufsch, das große unabhängige Strömung, der seine Autorität in die Wagschale warf gegenüber der Entente. Diefelben Unabhängigen, die in jenen Tagen dem Kapitalismus halfen, seine Waffen zu schmeißen gegen die Revolution, haben in den Tagen der ersten Werbung von Freiwililigen in Deutschland, die diesen Unabhängigen haben, auch nach außen den Weg gewiesen zur „Verhandlung“ mit der Entente.“

Walhalla-Operetten-Theater.
8 Uhr! Letzte Woche:
Die Hochzeit des Maharadscha.
Grosse Ausstattungsschau.
Fritz Steidl als Gast.
Kasse v. 10-11 u. 4-6.

Stadt-Theater
Donnerstag, d. 12. Juni 1919.
Anf. 7^{1/2}, Ende g. 10 Uhr:
Das Rheingold
von Richard Wagner.
Freitag
Ueber unsere Kraft I.
Peißnitz
Morgen, Donnerstag, nachmittags
von 1/4 bis 1/7 und von
1/8 bis 11 Uhr abends
Konzert.

E. Kramers Konzerthaus
Deilitzscher Strasse 2
♦ **Täglich Konzert** ♦
von erstklassiger Damenkapelle.

Sozialdemokrat. Verein Wolfen b. Bitterfeld,
Alte Partei.
Dienstag, den 17. Juni, abends 8 Uhr, bei Kieping
Mitgliederversammlung.
Bericht des Genossen Körding-Lobbau über
Die Verhandlungen des
Parteitages zu Weimar.
Befähigtes Erdbeben erwartet. Der Vorstand.

Altrenommierte Möbel-Fabrik
C. Hauptmann,
Kleine Ulrichstrasse 36 a und b.
Vornehme und einfache
Wohnungs-Einrichtungen.
Zirka 200 Musterzimmer.

Die Beschaffung landwirtschaftlicher
Siedlungslande.
Verordnung betr. Landarbeiter-Ordnung.
Preis 70.- Bfg.
Buchhandlung Volksstimme.

Leinen für Zuggardinen
Voil, Barchent u. andere Stoffe
zu mässigen Preisen
S. Biletzky, Leipzigerstr. 103, I Tr.

UT
Fornruf 5728. Fornruf 5728.
Alte Promenade 11a.
Ab Freitag, den 13. Juni:
**Wenn Herzen scheiden,
: die sich einst geliebt :
oder
Die vom Stamme Asra**
Sensationelles Drama in 5 Akten.
Morgen letzter Tag:
Dida Ibsens Geschlechte.

UT
Leipzigerstrasse 88
Fornruf 1224. Fornruf 1224.
Ab Freitag, den 13. Juni 1919
Henny Porten
in dem wechselvollen Drama
„Die Schuld“
Bernd Aldor Morgen letzter Tag!
in dem Drama „Herr über Leben
und Tod.“

Bleeschmiede
stellt sofort ein
Christian Glaser, Gr. Klausstr. 24. 3885

Bad Wittekind.
Seine Mittwoch-
abends 8 Uhr:
Extra-Konzert
von
Seifert-Orchester

Apollo-Theater
Gallipoli des 23. Jänner
Zirkuspolibedone.
Geste zum ersten Male:
„Die Czardasfürstin“
Opere von G. Rimani
mit Emmy Sturm
in der Hauptrolle.
Sonntags 9-1 u. 5-1/2.

Hippodrom
Wintergarten.
Dir.: Georg Arndt.
**Internationale
Ringkampf-Konkurrenz.**
Heute Mittwoch abends 8 1/2 Uhr:
Herausforderungs-Boxkampf!
Metzner gegen Greiser
Herr Metzner behauptet, Herrn Greiser in
5 Runden zu Boden zu schlagen. Greiser hat
die Herausforderung angenommen.
Wiederaufnahme des Kampfes:
Urbansky gegen v. der Heydt
Herr Urbansky hat dem Schiedsgericht ver-
sprochen fair zu ringen. Herr von der Heydt
hat den ihm zugesprochenen Sieg nicht ange-
nommen und hat das Paar laut Reglement noch
einmal zu ringen.
Ferner:
Entscheidungskampf:
Metzner gegen Pfaff
Der Reitsport
findet täglich von 4 Uhr nachm. im Spieretale, bei
gutem Wetter ab im Garten statt.
Für Kinder zum Reitsport bedeutend ermässigte
Preise.
Vorzügliches Pferdmaterial.
* 3887 Gute Speisen und Getränke.

Brennholz
in Kloben und Scheiten frei Haus
und ab Lager bietet an 3887
Friedrich Jesau, vorm. Wilhelm Reusch, G. m. b. H.,
Dessauerstrasse 50. Fernsprecher 6206 u. 6208.

Neu eingetroffen!
Grosse Posten

Baumwoll-Mousseline Dunkle entzückende Muster.	Meter 12,00, 11,00	9 ⁰⁰
Roh-Nessel, extra schwere Ware	Meter	9 ⁷⁵
Roh-Nessel, 160 cm breit, für Betttücher	Meter	24 ⁵⁰
Hemden-Barchent, prima Cöper-Ware	Meter 13,50,	12 ⁵⁰
Hemdentuche für Leib- und Bettwäsche.		
Weiss-Croise-Finett-Barchent Besonders schöne Ware.	Meter	16 ⁵⁰
Schürzen- u. Kleider-Siamosen 100 cm breit	Meter	16 ⁵⁰
Schwarz-Zanella, 130 cm breit	Meter	29 ⁰⁰
Schwarz-Satin, feine Qualität	Meter	14 ⁵⁰

Besonders billig

Schürzen-Stoffe blau-weiss gestreift	Meter	1 ⁵⁰
Kleider-Stoffe blau-weiss gestreift	Meter	1 ⁵⁰

Halle M. Schneider Halle
Leipzigerstr. 94. Leipzigstr. 94.
Inh.: Johannes Hagenow.

Möbelvertrieb
Romanus Skipka & Co.
Leipzigerstrasse 16. Ecke Grosser Sandberg
Wohnungs-Einrichtungen
In allen Preislagen.
Spezialität:
Verkauf nach Zeichnung
zur Lieferung direkt ab
Fabrik, daher äusserst
prelauer.

**Buchhandlung
der Volksstimme**
So eben wieder eingetroffen
**Die Stimme
aus dem Grabe**
von Joan Jaures
in deutscher und fran-
zösischer Sprache.
Preis 1,50 Mk.
Stiefel.
Ein Paar stahlberne Halb-
stiefel, neu befüllt, bei einem 1/2
neuer Stock u. 1/2 neue weisse
Latolainstr. 14, Martinst.
Ecke 9. 3884

**Das Gute
ist vorzuziehen**
**Scheffel
Brot**
ist unübertraffen
an Qualität und
Zerkleinlichkeit
Überall zu haben.

Reparaturen
an
Uhren
übernimmt bei jeder Ausbesserung
zu normalen Preisen
Herrn Unger, Uhren-
Str. 22, 1. Stock, 15. 1/2 Uhr Markt
und Dr. Steinbr. 85 (gegenüber
Barthelstr.). 2096
Schluss
der
Anzeigen-Annahme
vormittags 10 Uhr.
**Buchhandlung
Volksstimme**
Gr. Ulrichstrasse 27
Simplicissimus Nr. 8 u. 9
in freien Stunden Nr. 36
Berl. Ill. Zeitsung „ „ 23
Kommun. Praxis „ „ 22
Die Neue Zeit „ „ 9

